

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4862

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4862



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Die Schweiz kann sich Zukunft leisten - eine Finanzpolitik für die Menschen

Papier der SP-Fraktion, 31. August 2024

Als der Bundesrat Anfangs dieses Jahres die Gruppe Gaillard einsetzte, geschah dies unter vermeintlich dramatischen Vorzeichen. Von bis zu fünf Milliarden Finanzierungsdefizit in wenigen Jahren war die Rede. Die neusten Zahlen aus dem Finanzdepartement sehen zwar deutlich besser aus, trotzdem aber hält insbesondere Finanzministerin Karin Keller-Sutter an der dringenden Notwendigkeit der Beseitigung des sog. "strukturellen Ausgabenproblems" fest.

Mit den überhasteten Entscheiden zur Aufrüstung der Armee hat die rechte Mehrheit der Kommissionen und des Parlaments ihren Teil zur chaotischen Finanzpolitik der bürgerlichen Mehrheit in Bundesrat und Parlament beigetragen. Diese Entscheide markieren einen Paradigmenwechsel: In wenigen Jahren wird das Wachstum der Armeeausgaben die Entwicklung der Ausgaben aller anderen Bereich weit überflügeln. Würden die Entscheide im aktuellen Rahmen der Finanzpolitik umgesetzt, müsste der Bund die weitgehend planlose Militarisierung wohl auf Kosten anderer Staatsaufgaben durchsetzen.

Strukturelle Unterausschöpfung des Einnahmenpotentials und ideologische Zukunfts- und Investitionsbremse

Die SP-Fraktion hat diese Ausgangslage zum Anlass genommen, die Struktur der Bundesfinanzen genauer unter die Lupe zu nehmen. Dabei zeigen sich zwei Dinge. Erstens ist der prognostizierte, negative Finanzierungssaldo ab 2027 von aktuell ca. 2.5 Milliarden vorallem auf die Aufstockungen bei der Armee zurückzuführen. Und zweitens ist die Knappheit der Bundesfinanzen nicht naturgegeben, sondern Folge mehrerer ideologischer blinder Flecken der rechten Mehrheit. Der Bund hat kein Ausgabenproblem, sabotiert mit einer rein ideologischen Finanzpolitik die eigene Handlungsfähigkeit. Vielmehr besteht das Problem in einer strukturellen Unterausschöpfung des Einnahmenpotentials und einer übergigigen Auslegung der Schuldenbremse, die sich immer stärker als Zukunfts- und Investitionsbremse entpuppt. Alle internationalen Vergleiche zeigen, dass insbesondere das Kapital in der Schweiz im Durchschnitt unterbesteuert wird, respektive in den letzten Jahrzehnten übermässig entlastet wurde.

Die SP-Fraktion sieht vier Möglichkeiten, die strukturelle Unterausschöpfung des Einnahmenpotentials zu korrigieren: Verzicht auf ineffiziente und ungerechte Steuerabzugsmöglichkeiten, Korrektur der übermässigen Steuergeschenke der neoliberalen Ära, pragmatische Solidarbeiträge der Kapitaleseite und Beseitigung der legalen Steuerkriminalität (Bankgeheimnis). Zusätzlich kann in namhafter Weise auf ineffiziente Ausgaben verzichtet werden, darunter die Ausgaben für die strategielose Aufrüstung. Eine Modernisierung der Schuldenbremse ist zudem zwingend nötig und schafft weiteren Handlungsspielraum für die Zukunftsinvestitionen.

Gleichstellung, internationale Solidarität, Kampf gegen Klimakrise und für Kaufkraft sind möglich

Nachfolgend zeigt die SP-Fraktion auf, wie mit wenig Aufwand die notwendigen Investitionen in die Gleichstellung, die Kaufkraft und den Kampf gegen den Klimawandel bewerkstelligt werden können - sofern sich rechte Mehrheit in Parlament und Bundesrat im Sinne des Gemeinwohls durchringen kann, diesen kleinen Schritt raus aus dem ideologischen Bunker zu machen. Es handelt sich dabei um eine exemplarische Darstellung von möglichen Massnahmen. Die Auswahl der Massnahmen erfolgte gemeinsam mit ausgewiesenen Expert:innen. Dabei musste auf die Auflistung mehrerer Massnahmen verzichtet werden, da belastbare Schätzungen des finanziellen Ausmasses auf Grund eines eklatanten Datenmangels in der schweizerischen Finanzpolitik nicht machbar waren. Bis heute ist die Verwaltung nicht gewillt diesen Datenmangel zu beheben. Genauso wären weitere Effizienzmassnahmen ohne Leistungseinbussen für die Bevölkerung auf der Ausgabenseite möglich, beispielsweise die Korrektur von biodiversitätsschädigenden Subventionen.

Auch so zeigen die Berechnungen: Selbst wenn die Schweiz die APD-Quote und 0.7% des BNE erhöht, in die Kita-Infrastruktur investiert, die Klimakrise aktiv bekämpft, die Prämienverbilligungen für die Mittelklassen ausbaut, die Ukraine unterstützt und die Individualbesteuerung ausbaut, bleiben substantielle Mittel für weitere Investitionen - ohne die positiven, dynamischen Effekte dieser Investitionen auf der Einnahmenseite einzuberechnen.

Kurz: Die Schweiz kann sich Zukunft leisten. Sie muss nur wollen.

Zukunftsplan 2027+

Zukunftsinvestitionen		Einnahmen	
Individualbesteuerung	0,5 Mrd.	<i>Streichung von Steuervergünstigungen*</i>	
Kita-Initiative ¹	2,3 Mrd.	Abschaffung Abzugsfähigkeit der Steuer für Unternehmen ²	1,1 Mrd.
Erhöhung Aussenpolitische Development-Quote auf 0.7% BNE ³	. 2,0 Mrd.	Umsetzung Finanztransaktionssteuer über Anpassung und Korrekturen von Emissions- und Umsatzabgabe ⁴	1,3 Mrd.
Ukrainehilfe ⁵	0,5 Mrd.		2,4 Mrd.
Erhöhung Bundesanteil Prämienverbilligung	2,0 Mrd.	<i>Korrektur der Fehler der neoliberalen Ära</i>	
Klimafondinitiative SP 0,5 bis 1% BIP ⁶	4,0 Mrd.	Wiedereinführung Bundeskapitalsteuer 0,1% ⁷	1,4 Mrd.
Beziehungen mit der EU (u.a. Horizon-Paket, Kohäsion, Erasmus+, Gesundheitsabkommen)) ⁸	1,0 Mrd.	STAF-Anteile Bund (von 78.8% auf 83%) ⁹	1,3 Mrd.
		Erhöhung Bd-Anteil OECD auf 50% ¹⁰	0,4 Mrd.
		Aufhebung privilegierte Dividendenbesteuerung (USR II) ¹¹	0,3 Mrd.
			3,4 Mrd.
		<i>Zusätzliche Steuern</i>	
		Bundes-Vermögenssteuer pro Promille ¹²	2,2 Mrd.
		1% DBST Unternehmenssteuern ¹³	1,5 Mrd.
			3,7 Mrd.
		<i>Ende der Steuerkriminalität</i>	
		Abschaffung Bankgeheimnis ¹⁴	0,2 Mrd.
			0,2 Mrd.
		<i>Reform der Schuldenbremse</i>	
		Schuldenbremse an Quote ausrichten ¹⁵	3,5 Mrd.
		Verwendung der Kreditreste ¹⁶	1,0 Mrd.
			4,5 Mrd.
		<i>Weitere Massnahmen</i>	
		Ausschüttung SNB ¹⁷	1,3 Mrd.
		Verzicht auf übermässige Rüstungsausgaben ¹⁸	1,0 Mrd.
			2,3 Mrd.
Total:	12,3 Mrd.	Total	16,5 Mrd.

¹ Quelle: [Botschaft](#) zur Kita Initiative

² Quelle: eigene Schätzung, Anhebung des effektiven Steuersatzes um ca. 0,7%

³ BNE nach Bundesamt für Statistik 2022

⁴ Quelle: [Beantwortung Motion Rieder 21.3440](#)

⁵ Quelle: Medienmitteilung Bundesrat: 5 Milliarden bis ins Jahr 2036

⁶ BIP nach Bundesamt für Statistik 2023 803 632

Die Initiative verlangt eine Finanzierung ausserhalb der Schuldenbremse

⁷ Quelle: Eigene Berechnung auf Basis [Interpellation Badran 24.3291](#)

⁸ Quelle: [Voranschlag 2025, S. 35](#)

⁹ Eigene Berechnung auf Basis Voranschlag 2025

¹⁰ Forderung der SP im Rahmen der OECD-Abstimmung

¹¹ Quelle: Eigene Berechnung bei einer Erhöhung um 30% auf 100% auf Basis der Botschaft STAF

¹² Quelle: eigene Schätzung

¹³ Quelle: eigene Schätzung

¹⁴ Quelle eigene Schätzung

¹⁵ Quelle: [Studie Cédric Tille im Auftrag von Alliance Süd](#)

¹⁶ Quelle: [Motion Wyss 23.3729](#)

¹⁷ siehe auch [The SNB Observatory](#)

¹⁸ Anstieg um 1% BIP bis 2035, linear, Quelle u.a.: [vbs.admin.ch/de/nsb?id=99923](#)

* Technisch gesehen sind Steuervergünstigungen Ausgaben (Art. 7 Bst. g SuG). Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in dieser Tabelle eine andere Darstellung gewählt.